

Wachstum, Politik und unternehmerische Verantwortung

Dagmar Bornemann

Geschäftsführende Gesellschafterin
db&w Bornemann und Wolf GbR, Stuttgart

Im Workshop „**Wachstum, Politik und unternehmerische Verantwortung**“ lud die Unternehmerin **Dagmar Bornemann** ihre Teilnehmer ein, sie auf eine Reise von Deutschland nach Großbritannien, in die USA und zurück zu begleiten. Sie gab Einblicke in Funktion und Unterschiede der Rechtssysteme und warf einen Blick auf unterschiedliche Freiheitsbegriffe sowie die Entstehung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Zur unternehmerischen Verantwortung gehöre auch das Eintreten für die repräsentative Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, so das Plädoyer der Unternehmerin.

Wachstum, Politik und unternehmerische Verantwortung

Sich über Globalisierung und Deglobalisierung Gedanken zu machen, heißt auch sich verschiedene Sichtweisen und verschiedene Strömungen und Stimmungen etwas genauer anzusehen.

Ich werde dies aus Sicht einer Globalisierungsbefürworterin tun, da ich nicht dazu neige, mir als international agierende Unternehmerin den Ast abzusägen auf dem ich sitze.

Das heißt nicht, dass ich nicht auch und vor allem versuchen möchte, die Gründe für die Ablehnung von Globalisierung und Handelsverträgen und den neuen Nationalismus nachzuvollziehen.

Der Beitrag beschäftigt sich mit folgenden Punkten:

- möchte ich über das wachsende Misstrauen in unsere parlamentarische Demokratie und deren Institutionen sprechen
- möchte ich über die Deutschen und den Weg zu einer geglückten Demokratie sprechen
- über Freihandel und globale Verbindlichkeit
- einen Blick nach Großbritannien werfen
- einmal über der großen Teich blicken
- Unterschiede in den Rechtssystemen aufzeigen
- über westliche Werte und Prozesshaftigkeit sprechen und
- über die Verantwortung als Unternehmerin

Der beschränkte Horizont versus Systemloyalität – oder woher das wachsende Misstrauen in unsere parlamentarische Demokratie und deren Institutionen kommt

67 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland scheint ein Teil der Bevölkerung das Vertrauen in diesen großartigen Staat verloren zu haben. Demos – ja, Rechtsstaatlichkeit -nein, dies scheint das Credo in einem großen Teil der Bevölkerung zu sein. Woher rührt diese gefährliche Tendenz?

Wie kommt es zum mangelndem Vertrauen in das „System“, das aus staatlichen und internationalen Institutionen, der Politik, und den Medien besteht?

Zum einen ist da der Blick auf Institutionen, die die Grenzen des Staates als übergeordnetes Gemeinwesen auflösen und damit im selben Moment den Horizont der Mitwirkung an der Regelung der menschlichen Belange des Staatsbürgers, erweitern. Diese Institutionen scheinen für viele undurchschaubar, obwohl sie es nicht sind, wenn man sich mit ihnen befasst.

Doch scheint genau dieser erweiterte Horizont der Mitwirkung an der Regelung der menschlichen Belange, Menschen zu frustrieren, sie fühlen sich ohnmächtig. Das ist in sofern interessant, weil dieser Effekt nach der Theorie Sozialer Desintegration eine der Ursachen für ein vermehrtes Auftreten der sogenannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit¹ ist. Elemente dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Homophobie, Abwerten von Menschen mit Behinderung, Abwertung von Obdachlosen und Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Soziale Desintegration² tritt in drei Formen auf

- 1) der sozial-strukturellen Desintegration, bei der es um positionale Anerkennung geht,
- 2) der institutionellen Desintegration, bei der es um moralische Anerkennung geht und
- 3) der personalen Desintegration, bei der es um emotionale Anerkennung geht.

Während der sozial-strukturellen Desintegration leicht entgegen zu wirken ist, nämlich mit der Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern, sind institutionelle Desintegration und personale Desintegration schwerwiegendere Probleme, die sich nur durch Kommunikation lösen lassen. Durch eine Art der Kommunikation, die sachlich und nicht moralisch geführt wird. Diese ernsthafte Form der Kommunikation ist aber nicht erwünscht, denn diese würde eine kognitive und soziale Sicherheit voraussetzen, die nicht vorhanden ist.

1 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“
Langzeituntersuchung 2002-2012

2 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer „Deutsche Zustände endlich ernst nehmen“ Berlin, 24.11.2011

Da sind sich vor allem Männer ihrer Position nicht mehr sicher. Sie werden weder als Herrscher, noch als Ernährer, von selbstsicheren und erfolgreichen Frauen gebraucht und in ihre Rolle als gleichberechtigter Partner haben sich viele Männer noch nicht eingefunden. So sind auch die vielen hasserfüllten Kommentare, die Frauen oder Männer, die Gleichberechtigung leben und schreiben, auszuhalten haben zu erklären.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass bei Personen mit niedriger Partizipationsneigung die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit signifikant zunimmt. Schon 2011 sahen bei einer Umfrage der Universität Bielefeld 46 % der befragten Deutschen den Zusammenhalt der Gesellschaft durch anders denkende oder aussehende Minderheiten gefährdet und sahen Vielfalt als Bedrohung an. Die gefühlte Bedrohung durch kulturelle Vielfalt erhöht auch die Abwertung von Gruppen, die traditionell nicht im Diskurs über kulturelle Diversität genannt werden: Langzeitarbeitslose, Obdachlose, Behinderte und selbst Frauen werden, wie oben beschrieben, negativer beurteilt.

Geringe Partizipationsneigung und gefühlte Bedrohung durch alles Fremde, gehen hier eine unheilvolle Wechselwirkung ein.

Statt Institutionen wie die EU zur Anerkennung und Ausdehnung der errungenen Rechte zu nutzen und zu begrüßen, statt in ihnen und mit ihnen zu arbeiten, geht also ein großer Teil der Bevölkerung zur Besitzstandswahrung über. Dabei wird sogar auf das Erstreiten neuer Rechte verzichtet. Es gibt den hässlichen Rückzug auf das eigene "Volk", das plötzlich in der Sichtweise mancher Bürger eine völlig homogene Struktur hat und es ermöglicht alles, dieser angeblich so homogenen Struktur, fremde abzulehnen.

Dabei wird doch übersehen, wie vielfältig deutsche Staatsbürger ihrer Herkunft nach sind, nicht erst seit der Entstehung der Bundesrepublik. Ich selbst bin in Niedersachsen geboren, meine Mutter in Königsberg und damit, sie wissen es schon, ein Flüchtling, mein Onkel ist italienischer, meine Tante spanischer Herkunft, meine Schwiegermutter ist Bulgarin mit deutschen Pass, mein schwäbischer Mann auf Zypern aufgewachsen. Sie ahnen es schon, ich könnte diese Aufzählung noch über mehrere Absätze weiter führen und damit Enden, dass ich in Los Angeles zur Ehrenarmenierin wurde.

Die vermehrte Tendenz zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, der gesteigerte Nationalismus bewegen sich in völliger Kontradiktion zur globalisierten Arbeitswelt. Die Kollegen und Kolleginnen vieler von uns kommen aus mehr Ländern und sprechen mehr Sprachen als man sie an einer Hand abzählen kann.

Und plötzlich werden genau diese Kollegen und wir mit Menschen konfrontiert, die ganz laut: „Wir sind das Volk“ rufen. Man möchte Ihnen entgegen rufen: „Welches?“. Das Staatsvolk? Der Demos? Oder, was wirklich schrecklich wäre, die Mehrheit? Seid ihr diejenigen, die allein zur Selbstgesetzgebung in unserer Demokratie berechtigt sind?

Ist euch Rechtsstaatlichkeit gegebenenfalls egal, solange nur die, die am lautesten schreien...

Dann würden wir nicht in Freiheit leben, denn Freiheit bedeutet – nach Kant- auch immer unabhängig von eines anderen nötigender Willkür zu sein

Wie war das doch noch einmal?

Die Bestimmung von politischen Führungsfiguren durch Wahlen, ist einer der Mechanismen durch den das Prinzip der Selbstgesetzgebung umgesetzt wird. Manch einer scheint das schon vergessen zu haben.

Dabei haben wir doch die Wahl und es wäre doch ganz einfach mit einem der demokratisch gewählten Abgeordneten zu sprechen oder in einer politischen Partei zu arbeiten. Jeder Abgeordnete wird dankbar Hinweise aufnehmen und ein Gespräch führen.

Die Deutschen und die parlamentarische Demokratie – ein Blick zurück oder der schwierige Weg zu einer geglückten Demokratie

Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Westdeutschen die Chance und die Verpflichtung gehabt Demokratie zu erlernen. Die Sozialpolitik erhöhte die Akzeptanz für das neue System, für die Demokratie. Sozialpolitik wurde die Integrationsklammer und trug wesentlich zur Entwicklung der Gesellschaft bei. Die westdeutsche Gesellschaft wurde sozusagen durch die Sozialpolitik konstituiert.

Ich möchte hier Hockerts zitieren: „ Diese Konsolidierung förderte den Prozess der Gewöhnung an das politische System der parlamentarischen Demokratie, das bei vielen Deutschen durch die Erinnerung an die Krisen und Katastrophen der Weimarer Republik wenn nicht völlig diskreditiert, so doch schwer belastet war. Dass parlamentarische Demokratie nicht mit Funktionsfähigkeit assoziiert werden müsse, sondern – politisch und sozial – Stabilisierung bewirken könne, das war für viele Deutsche eine ganz neue Erfahrung.“

Begonnen hat alles mit einer Sozialpolitik, die als Nothelfer fungierte und auf Menschen aus sogenannten „Schicksalskategorien“ wie Flüchtlinge, Heimkehrer, Ausgebombte oder Kriegswitwen ausgerichtet war.³

Mit dem Soforthilfegesetz, genauer gesagt mit dem Gesetz zur Milderung sozialer Notlagen wurde der Anfang gemacht. Dazu kam 1949 das Flüchtlingssiedlungsgesetz, das Umsiedlungsprogramme beinhaltete. Damit wurden zum Beispiel Schleswig Holstein und Niedersachsen entlastet, die 1952 noch Arbeitslosenquoten von 51% beziehungsweise 40% hatten.

Am 14. August 1952 wurde das Lastenausgleichsgesetz verabschiedet. Bis 1995 gab es einen Lastenausgleich von 141 Milliarden Euro.⁴

3 cf. Edgar Wolfrum „Die geglückte Demokratie“ S.89

4 cf. Edgar Wolfrum „Die geglückte Demokratie“ S.90

Dabei war die politisch – psychologische Bedeutung dieser Maßnahmen wichtiger als die realwirtschaftlichen Effekte, mit einer Ausnahme, nämlich der des Wohnungsbaus.

Manchmal macht es den Eindruck, als habe man heute das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes vergessen.

Ich darf zur Erinnerung noch einmal Artikel 20 GG Absatz (1) zitieren:

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Auch damals war Integration ein schwieriger und langwieriger Prozess. Da waren die Lehrer, die Flüchtlingskinder im Unterricht auf Holzscheiten knien ließen, oder Menschen die Flüchtlingskinder wie kleine Äffchen dressieren wollten. Kurz gesagt man mochte sich nicht wirklich und Mitgefühl war nicht sonderlich ausgeprägt.

Dieser demokratische und soziale Bundesstaat, mit dem so schwierigen Start, wurde in den 80er Jahren dann so etwas, wie eine geglückte Demokratie, die nach der Wiedervereinigung wieder unglücklicher wurde. Es wurde ein Deutschland in dem meine Kollegin, die eine indisch stämmige Britin ist, schon keine Chance mehr hatte und fremdenfeindlichen Übergriffen ausgesetzt war, weil sie die falsche Hautfarbe hatte. Sie lebt heute mit ihrem Mann in den Vereinigten Staaten, weil sie das „neue“ Deutschland nicht mehr ertragen hat.

Verloren habe ich als Unternehmerin zwei hochqualifizierte Kollegen und als Mensch eine Freundschaft, die auf Grund der Entfernung schwieriger zu leben ist.

Wir befinden uns heute in einer Situation in der sich Menschen gegenüberstehen, die entweder liberal und globalisiert sind, oder nationalistisch, sexistisch und sektiererisch.

Sowohl privat, als auch öffentlich zeigt sich vermehrt die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Polarisierung wird zum wesentlichen Merkmal unserer Gesellschaft. Es tritt bei einem Teil der Bevölkerung eine Selbstverschließungstendenz zu Tage, die sich gegen jede Veränderung sperrt. Die Gesellschaft ist fragmentiert und zwischen den Gruppen wird Kommunikation unmöglich. Zivilgesellschaftliches Engagement geht zurück, wenn überhaupt wird es nur noch punktuell ausgeübt.

Somit wirkt ein Verweis auf „westliche“ Werte, für mich eher schwierig. Ich kann gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die in Deutschland bei ca. 25-30%⁵ der Bevölkerung vorhanden ist nicht hinnehmen. Sie macht mich traurig.

Schon 2009 gaben 61%⁶ der Befragten der Universität Bielefeld an, dass vom Staat zu viele schwache Gruppen mitfinanziert werden.

5 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ 2002-2012

6 Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ 2002-2012

Wir erleben heute eine Hochzeit der Bedeutung des Nationalstaates, nachdem sich in den 70er Jahren die Bedeutung von Territorialität und Nationalstaat zugunsten von regionalen und europäischen Tendenzen reduziert hatten. Dieser Trend begann schleichend mit der Wiedervereinigung, steigerte sich zum Sommermärchen und nimmt 2016 in Deutschland sehr unerfreuliche Formen an.

Bei dem Blick auf die Wahlergebnisse 2016, ist das was Jürgen Habermas „die nachholende Revolution“ genannt hat, nur zum Teil gelungen und die latent vorhandene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch die Populisten deutlich zu Tage getreten.

Die Zivilgesellschaft funktioniert nicht richtig, Rechtsstaatlichkeit bleibt unverstanden.

Die Funktion der Parteien als Interessenartikulator, Interessenaggregator und schlussendlich ihre Interessentransmissionsfunktion werden nicht erkannt oder nicht mehr anerkannt. Die ist im Osten sicherlich auch mit der Erinnerung an das „Parteiensystem“ der DDR verbunden. Es wird nach einem starken Staat gerufen, der gleichzeitig als „das System“ abgelehnt wird. Eine Systemloyalität, ein Vertrauen in die demokratische Ordnung, die 1978⁷ in der Bundesrepublik noch so stark wie in keinem anderen Land Europas war, gibt es nicht mehr.

Dies ist auch auf eine gewisse Dysfunktionalität der Parteien selbst zurückzuführen. Innerparteilich zu demokratischen Strukturen verpflichtet, sind diese Strukturen inzwischen etwas verkrustet, streng hierarchisch und oftmals auch noch patriarchal. Ununterbrochene Macht kann korrumpieren, Privilegien können zur Selbstverständlichkeit werden. Die Offenheit, die dringend nötig wäre, lässt zu wünschen übrig. Da muss für eine Parteikarriere die Ochsentour durch die Ortsvereine nachgewiesen werden und das Abstimmungsverhalten wird immer noch beim gemeinsamen Gang auf die Herrentoilette besprochen. Dies sind Verhaltensweisen, die einer jüngeren Generation befremdlich vorkommen. Durch Abschottung oder gar Abschreckung vergeben sich Parteien die Chance auf die dringend benötigte Erneuerung von innen. Ein Facebook-Account macht noch keine Partei 4.0, twitter noch keinen Wahlkampf 4.0.

Der Wettkampf um die besten Köpfe sollte endlich auch in den Parteien beginnen, sonst begegnen wir weiterhin Mitmenschen, die nach einem starken Staat rufen und die demokratische Grundordnung gleichzeitig ablehnen.

Parallel zu diesen Entwicklungen, wird auch Europa nicht mehr als das große gemeinschaftliche Friedensprojekt verstanden. Europa selbst wandelt sich zu einem Europa der Egoisten und Partikularinteressen.

Dies zeigt sich deutlich bei internationalen Handelsabkommen, wie CETA und TTIP.

7 cf. Edgar Wolfrum „Die geglückte Demokratie“

Freihandel und globale Verbindlichkeit

Die öffentliche Debatte um die Handelsabkommen wurde immer verkürzt und immer einseitig geführt. In der deutschen Debatte über Handelsabkommen fehlte die Diskussion der Vorteile. Vorteile für Verbraucher, auch die deutschen Verbraucher und natürlich für die deutschen Exporteure, ohne deren Erfolg es dem Wirtschaftsstandort Deutschland wesentlich schlechter ginge. Dabei wurde erstens vergessen, dass es wohl kaum noch eine rein deutsche Wertschöpfungskette gibt. Weiterhin fehlte zweitens der Blick auf die Dinge, die beim Handelspartner als Souveränitätsverlust verstanden werden. Die Dinge einfach einmal von der anderen Seite zu sehen und zu erklären, hätte helfen können, um ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln.

Die Harmonisierung der Standards in Europa und Nordamerika interessierte den besorgten Bürger nicht, auch nicht die Idee, diese gemeinsam nach China weiter zutragen. Nicht interessant waren für den besorgten Bürger die Attraktivität der Nordamerikanischen Märkte, für hiesige Unternehmen.

Dazu kam der Glaube einiger Moralisten, dass allein das Vorpreschen Deutschlands und oder der EU zu einer Verbesserung der Zustände führen würde. Dies ist ein Irrglaube. Kein anderes Land wird in Demut folgen. Dies lässt sich gut beim Klimaschutz und dem Atomstrom beobachten.⁸

Wer sich nicht der Mühe unterzieht, verbindliche Absprachen zu treffen, sich nicht auf mühsame Aushandlungsprozesse einläßt und Verträge wie TTIP und Ceta aushandelt, bewirkt keine internationale Veränderung. Es ist doch zum Beispiel ein Erfolg, wenn die Regeln der ILO- der International Labour Organization - durch solche Verträge weitere Verbreitung finden, so gut oder schlecht als es eben geht. Eine Ablehnung solcher Verträge schadet vor allem Deutschland, dem Exportweltmeister.

Man schadet so dem eigenen Land und auch der EU als Staatsgruppe.

Denn internationale Verträge sind die einzige Möglichkeit einem neuen Feudalismus entgegen zu wirken. Nur in der Verbindung von Recht mit politischer Selbstbestimmung, Gewaltenteilung und der Verpflichtung auf Grundrechte lässt sich Freiheit verwirklichen.

Ohne Partizipation, Pluralität und Demokratie ist eine prosperierende Wirtschaft nicht denkbar. Wir müssen schon allein deshalb für den demokratischen Verfassungsstaat kämpfen, gegen jede Form von Rassismus und Abschottung.

8 cf. Höffe in der NZZ online vom 25.5.2016

Natürlich dürfen wir als Unternehmer bei aller Liebe zu marktwirtschaftlicher Effizienz den sozialpolitischen Anspruch nicht vergessen. Beides gehört zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Wettbewerb bleibt dabei konstitutiv für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung. Dieser Wettbewerb braucht solange er globalisiert ist auch internationale, also globale Rahmenbedingungen.

Verrechtliche Arbeitsbeziehungen, Arbeitsgerichtsbarkeit, Flächentarifverträge und die Tarifautonomie fallen ja schließlich nicht vom Himmel. Dabei wird es immer wieder zu Spannungen zwischen Wirtschaft, deren Verbänden und dem Staat kommen.

Der Staat allerdings ist bei der direkten Intervention in Arbeitskonflikte meist überfordert. Während unternehmerisches Handeln die Gesellschaft gestaltet und zur identitätsstiftenden Ordnung beiträgt. Nicht immer nur positiv, deshalb muss Wirtschaftspolitik einen verständigen Rahmen setzen. Um das zu ermöglichen bedingt es einer veritablen Einsicht der Wirtschaftspolitiker in die Prozesse und Geschäftsmodelle der Wirtschaft. Diese ist leider nicht immer vorhanden. So wird heute von vielen Politikern und sogar politischen Thinktanks nicht verstanden, welche wirtschaftlichen Interessen hinter der sogenannten Sharing Economy stecken und man erntet entsetzte Gesichtsausdrücke, wenn man das Geschäftsmodell, das hinter einiger dieser Marken steckt einfach als Vermietung, oder wie es der Economist tat als „Renting“ bezeichnet. Hier muss seitens der Politik noch viel gelernt werden, damit vernünftige Rahmenbedingungen, auch international vereinbart werden können.

Nach dieser Introspektion möchte ich den Blick nach außen richten.

Ein Blick nach Großbritannien

Eines der traurigsten Ereignisse des Jahres ist der Volksentscheid zum Brexit.

Laut einer Umfrage des Economist⁹ bereuen 6% der Brexitbefürworter ihre Entscheidung, gegenüber 1% der Brexitgegner. Am stärksten bereuen natürlich die Brexitbefürworter, die nicht an den Erfolg des eigenen Votums geglaubt haben.

Sehr traurig ist weiterhin, dass die Mehrheit der Brexitbefürworter, grundsätzlich nicht auf die Meinung von Experten vertraut, sondern eher auf die Weisheit der „normalen“ Leute setzen will. Natürlich können auch Experten mit Einschätzungen der Zukunft falsch liegen, aber sie sind meist besser dabei Zusammenhänge zu erklären. Populisten und deren Anhänger lehnen solches Wissen aber ab und vertrauen auf was eigentlich? Vielleicht auf Schwarmintelligenz?

Die Schwarmintelligenz in der Finanzwelt ließ das britische Pfund gleich nach der Brexitentscheidung jedenfalls 10% verlieren.

9 The Economist „Daily Chart – Brexit regret“ 12.10.2016

Großbritannien ist ein Land, das schon immer seine Schwierigkeiten mit Europa hatte. Am 1.1.1973 trat Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft bei. Doch die Entscheidung blieb umstritten. Noch am Silvestertag 1972, waren 38 Prozent der Briten für den Beitritt, 39 Prozent dagegen. So hatte es eine BBC-Umfrage ergeben.

Dabei hatte Großbritannien schon 1961, 1962 und 1967 Beitrittsanträge gestellt, die aber am Widerstand Frankreichs scheiterten.

Zur gleichen Zeit, also 1973 hielten 63%¹⁰ der Bundesdeutschen Europa für eine „gute Sache“ und nur 4% für eine schlechte Sache.

Der Labourvorsitzende Harold Wilson erschien 1973 nicht zur Feier des Eintritts in die Europäische Gemeinschaft, da er kein Ereignis feiern wollte, das ohne die Unterstützung der britischen Bevölkerung zustande gekommen sei. Auch er drohte schon mit einem Referendum, falls er die Wahlen gewinnen sollte. Dieses Referendum erfolgte am 5. Juni 1975. Es war die erste Volksabstimmung in Großbritannien. Die Debatte drehte sich vor allem um die wirtschaftlichen Folgen der Mitgliedschaft. Im Zuge dieser Debatte reiste Helmut Schmidt nach London und sprach vor dem Labour-Parteitag. Vor den Genossen. Wobei Helmut Schmidt das Benutzen des Wortes Genossen grundsätzlich schwer fiel und man schon daran, dass Schmidt das Wort Genossen trotzdem benutzte, erkennen konnte, wie wichtig Schmidt diese Angelegenheit war. Das Referendum ging mit 68 % Befürwortern positiv aus, nach circa 14 Jahren Diskussion. Etwas anders sieht die Situation heute aus, nach dem von Cameron unverantwortlicher Weise einberufenen Referendum. Cameron wollte nichts anderes als seinen Machtanspruch sichern, was nicht gelang. Genauso wie Boris Johnson nichts anderes wollte als die Macht bei den Tories an sich reißen. Leider haben die beiden ein ganzes Land und dessen Wirtschaft dabei in Geiselschaft genommen, ohne den Prozess des Brexits auch nur ansatzweise zu durchdenken.

So ist nicht klar, ob das Parlament über den Brexit abstimmen muss, soll, kann oder darf. Noch nicht einmal das Ziel, nämlich ein harter Brexit ist klar, denn noch 2015 haben die Tories in ihrem Grundsatzprogramm das Festhalten am einheitlichen europäischen Markt festgeschrieben. Viele Rechtsfragen und Ziele sind völlig ungeklärt, genauso wenig, was mit dem 1998 geschlossenen Friedensvertrag von Nordirland geschieht, um die ungelösten Probleme in Gibraltar und Schottland gar nicht erst zu erwähnen.

Am Beispiel des Brexits sehen wir deutlich, was Populisten, vor allem auch mit Volksbefragungen, die völlig unzureichend erläuterte Fragen beinhalten, anrichten können.

10 cf. Edgar Wolfrum „Die geglückte Demokratie“

Wenn wir heute nach Großbritannien sehen, sehen wir aber auch den fünftgrößten Handelspartner Deutschlands und unseren drittgrößten Exportmarkt, nach den USA und Frankreich. Ungefähr 750 000 Arbeitsplätze hängen von diesen Exporten ab. Unser Handelsbilanzsaldo ist nur gegenüber den USA größer. Jedes fünfte Auto¹¹, das in Deutschland hergestellt wird, wird nach Großbritannien verkauft. Großbritannien ist der größte ausländische Investor in Deutschland. 2500¹² deutsche Firmen haben Niederlassungen in Großbritannien und beschäftigen 400 000¹³ Menschen dort. Für mich als Unternehmerin heißt das, dass die Geschäftsbeziehungen zu einem unserer wichtigsten Geschäftspartner schwieriger werden und dass der Austausch von Arbeitskräften nicht mehr so einfach sein wird wie bisher. Zum Beispiel wird die Anfrage nach „German work“ wohl häufiger negativ beantwortet werden, da allein der Verwaltungsaufwand zu groß sein wird.

Über die Gefühle unserer Kollegen, die in Deutschland geboren und in Großbritannien Familie und Heimat gefunden haben, brauche ich gar nicht reden. Wie viele Briten noch versuchen europäische Staatsbürger zu werden, weiß ich nicht. Zukunftsangst und Verunsicherung ist auf jeden Fall zu spüren.

Ein Blick über den großen Teich in die USA – California Dreaming

Los Angeles ist seit meinem ersten Besuch 1995 zu meiner Wahlheimat geworden. Allein schon die Fahrt vom Flughafen zu unserem Club lässt mich nach Hause kommen.

Nach Hause in eine amerikanische Kultur, in einen amerikanischen Traum, der sich so sehr von der deutschen Mentalität unterscheidet. Ein Land, das einem eine ganz andere Freiheit ermöglicht, die allerdings mit sehr viel größeren Risiken verbunden ist. Amerika ist und bleibt das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Ein Land das man fast immer lieben, manchmal auch nur verwundert anschauen kann.

Aber zurück zum „amerikanischen Traum“. Der Ausdruck geht zurück auf das 1931 erschienene Buch „Epic of America“ von James Truslow Adams. Der amerikanische Traum war allerdings schon immer Grundlage der amerikanischen Kultur.

11 Angaben des Branchenverbands VDA

12 Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 2016 Deutsche Firmen in Großbritannien - "Das wirft uns alle zurück"

13 Süddeutsche Zeitung vom 26. Juni 2016 Deutsche Firmen in Großbritannien - "Das wirft uns alle zurück"

Die auch bedeutet, dass zwar weniger als 5% der Weltbevölkerung in den USA leben, aber 25% der Gefängnisinsassen, die in einem amerikanischen Alptraum gefangen sind. Der Amerikanische Traum bedeutet auch heute noch Freiheit und die Möglichkeit für jeden Millionär zu werden, oder zumindest, dass es der nächsten Generation besser geht als der vorherigen. Amerika ist aber auch – durch die große Ungleichheit – sozial weniger durchlässig geworden. So wurde auch der amerikanische Traum umgeschrieben, er ist nuancierter, wie die Untersuchung, die die Economist Intelligence Unit in 2016¹⁴ durchgeführt hat, zeigt. Sie befragten 2050 Amerikaner unterschiedlichen Alters, sozialer Herkunft, Rasse und Geschlecht.

29% der Amerikaner hält es für wesentlich die Freiheit zu haben, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben. 26% halten eine gute Lebensqualität für wichtiger und 23% halten einen guten Lebensstandard für das wesentlichste. Zum Erfolg tragen nach Ansicht von 75% der Amerikaner gute Bildung bei. Allerdings haben schon mehr als 50% der Eltern Sorge, ob sie ihren Kindern den Collegebesuch finanzieren können.

Trotzdem glauben 70% der Amerikaner an eine bessere Zukunft.

Dieser Optimismus macht dieses Land, wenn sie dort Geschäfte machen unendlich attraktiv. Dazu kommt der große Markt, der ganz andere Experimente zulässt als zum Beispiel der kleine deutsche Markt. Um persönlich weiter zu kommen halten Amerikaner drei Faktoren für wesentlich: Keine Schulden zu machen, Technikenkenntnisse zu erwerben und an die Universität zu gehen.

Dreiviertel der Amerikaner glauben auch, dass der amerikanische Traum nicht mehr so allgemeingültig ist wie früher, sondern eher individuell oder divers, wie man so schön sagt.

Sechs von zehn Amerikaner halten heute Lebensqualität für wichtiger als Besitz, zum Beispiel dem Besitz eines Hauses. Grundsätzlich scheint der amerikanische Traum heute mehr als Prozess wahrgenommen zu werden, als früher. Ein Drittel der Amerikaner glaubt sich in diesem Prozess, ein weiteres Drittel glaubt den amerikanischen Traum schon zu leben.

57% der Amerikaner feiern Aspekte des amerikanischen Traums in gemeinsamen Momenten mit Freunden und Familie, 53% sagen sie sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden und 50% mit ihrer Lebensqualität.

Aussichtslosigkeit und Angst habe ich selten bei Amerikanern erlebt, noch nicht einmal bei meinen Begegnungen mit armen Amerikanern in der Notaufnahme eines Krankenhauses.

Vielleicht ist es diese positive Lebenseinstellung, die Lust am Experiment die einen immer wieder in dieses manchmal so schwer zu verstehende Land treibt.

14 The Economist Intelligence Unit „Discovering The New American Dream“ Herbst 2016

Natürlich gibt es auch hier Spannungen und Unterschiede. Während 29% der weißen Amerikaner glauben den amerikanischen Traum zu leben, sind es nur 18% der Afro - Amerikaner. 48 % der Amerikaner asiatischer Herkunft glauben daran, ihre Ziele erreichen zu können, bei Hispanics sind es nur noch 42%.

Dabei ist zu beachten, dass schon 2050, die „Kaukasier“ nach einer Berechnung der amerikanischen Statistikbehörde in der Minderheit sein werden.

Beim Optimismus liegt der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei 5%, der Optimismus der Frauen ist mit 41% etwas geringer als der der Männer. Was an der strukturellen Benachteiligung von Frauen liegt. Die ist in den USA zwar etwas geringer als in Deutschland, wenn man sich den Prozentsatz von Frauen in Führungspositionen ansieht, aber trotzdem vorhanden.

Trotz aller Herausforderungen, glauben 65% der Amerikaner, dass Menschen – egal woher – „es in Amerika schaffen können“.

Diese Gleichheit, dieses - egal woher – ist der Kern des amerikanischen Traumes. Allerdings glauben zweidrittel der Amerikaner, besonders Afro - Amerikaner und Hispanics, dass der Weg zu mehr Chancengleichheit ins Stocken geraten ist, wenn nicht gar schon Rückschritte gemacht hat.

Trotzdem hoffen viele Amerikaner auf weitere Fortschritte in der Technologie. Dreiviertel der Amerikaner glauben, dass Technologie ihr Leben positiv beeinflusst. Ja das neue Technologien es ihnen erleichtern, den amerikanischen Traum zu leben. 82% glauben, dass die Kenntnis neuer Technologien zukünftigen Generationen ein längeres Leben garantiert oder gar, wenn man Ray Kurzweil zuhört, Unsterblichkeit, durch das Stoppen des Alterungsprozesses. Zumindest wird es laut Kurzweil um 2025 dazu kommen, das die sogenannte „Singularität“ erreicht wird, an dem Computer intelligenter sind als wir.

Das alles muss man wissen, um dieses Land ein bisschen zu verstehen. Dieses Land in dem noch immer über die meist weiß und männlich geprägte Oskar-Jury diskutiert werden muss. In dem der Oskar an ein Unternehmen verliehen wird, dass während der Produktion in die Insolvenz gegangen ist, da es schier unmöglich ist an der Produktion eines mit einem Oskar ausgezeichneten Films kostendeckend zu arbeiten.

In solchen Momenten zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit dieses Landes auf dem roten Teppich.

Unterschiede in den Rechtssystemen:

Nach dem kleinen Einblick in den amerikanischen Traum sollten wir den Blick zurück nach Europa werfen und uns einige Unterschiede im Rechtsverständnis ansehen.

Das kontinental europäische Recht ist ein Normensystem, bestehend aus Gesetzestexten, welche Juristen formuliert haben und die durch Parlamente verabschiedet wurden. Danach werden sie durch Anwälte und Gerichte ausgelegt. Es gibt also einen Unterschied zwischen Rechtssetzung und Rechtsanwendung.

Das angloamerikanische Recht ist dagegen ein Resultat der Zusammenarbeit von Anwälten und Richtern im Prozessgeschehen. Sehr gut ist der Unterschied beim Thema Abtreibung zu sehen. In Deutschland gibt es den § 218, in den USA Roe versus Wade. Daher ist in den USA die Besetzung des Obersten Gerichtshofes ein großes Politikum. Denn hier fallen die wesentlichen Entscheidungen. Die Richter werden durch den Präsidenten der USA nominiert und durch den Senat bestätigt, oder eben nicht, wie wir momentan sehen.

Dies führt auch dazu, dass das Handelsrecht in den USA von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich ist. Was wie wir wissen zu diesen unmöglich langen Verträgen im Geschäftsleben führt, die schnell einmal ein paar hundert Seiten umfassen. Man hat in den USA also eine Auswahl zwischen Rechtssystemen und die Systeme selbst unterliegen einer viel größeren Veränderbarkeit, die wichtiger ist, als Rechtssicherheit im europäischen Sinne.

Man orientiert sich, um es mit Gret Haller¹⁵ auszudrücken, nicht an abstrakt-ethischen Prinzipien, sondern an konkret praktischen Wirkungen des Handelns und danach richten sich auch die Urteile. Dies ist für viele Menschen viel leichter fassbar, denn es ist moralisch. Hier wird zwischen gut und böse unterschieden. Moral kann schnell an die Stelle des Rechts treten, denn abstrakt-ethische Prinzipien sind schwierig.

Ein weiterer in letzter Zeit viel diskutierter Unterschied ist das sogenannte und viel gepriesene europäische Vorsorgeprinzip, nach dem Belastungen bzw. Schäden für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit im Voraus, trotz unvollständiger Wissensbasis vermieden oder weitestgehend verringert werden sollen. Wenn ich mir VW ansehe, greift es nicht wirklich gut. Es steht im Gegensatz zum Wissenschaftsprinzip der USA und Kanada, bei dem die Schädlichkeit durch Studien bewiesen werden muss. Aber man sollte die Wirksamkeit der sogenannten „punitive damages“, also der Schadensersatzsummen, die weit über den entstandenen Schaden hinaus gehen, nicht unterschätzen. Ziel beider Methoden ist es, weniger gefährliche Stoffe auf den Markt zu erlauben. Ich frage mich manchmal, ob die extremen Schadenersatzsummen nicht erfolgreicher sind und ob sie nicht wirklich das tun, was sie sollen, nämlich präventiv und abschreckend wirken.

Die Wurzeln dieser rechtlichen Unterschiede sind im Westfälischen Frieden von 1648 zu finden. Blutige Kriege wüteten bis dahin in Europa, religiös und moralisch begründet. Solche Kriege wurden mit dem Westfälischen Frieden geächtet und die Religion wurde dem Staat untergeordnet.

Viele wollten die neue Rangordnung zwischen Staat und Religion in Europa nicht anerkennen und wanderten nach Amerika aus. Puritanische Pilgerväter wollten ihre Religion aber keinen Staat.

15 cf. Gret Haller in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 5-6/2008 Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“

So kam es in Amerika zwar auch zu einer strikten Trennung von Religion und Staat, aber die Rangordnung ist bis heute eine andere. Die US-amerikanische Nation begründet sich religiös und moralisch, als das Gute schlechthin, während die europäischen Nationen staatspolitisch begründet sind. So ist der Slogan „Make America great again“ natürlich ein Rückgriff auf diesen Gründungsmythos.

Recht und Moral sind in Europa getrennt. Moralische Kategorien spielen zwar in der politischen Auseinandersetzung über Gesetzgebung eine wichtige Rolle, aber nicht mehr, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist. Gute und böse Menschen werden vor Gericht gleich behandelt, wie immer sich gut und böse definieren mag. Ein Straftäter hat sich strafbar gemacht, nicht mehr und nicht weniger, rechtlich strafbar.

Damit beugt sich das europäische Recht nicht dem moralischen Druck, auch wenn das nicht kleine Teile der Bevölkerung gerne hätten. Dies ist extrem gefährlich, vor allem, wenn durch Moral Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt werden soll.

Dieser Unterschied wird auch beim Völkerrecht sichtbar. Die Vereinigten Staaten vermieden es völkerrechtliche Vereinbarungen zu unterzeichnen, jene zwischenstaatlichen vereinbarten Ordnungen, bei denen Staaten freiwillig Souveränitätsverzicht leisten. Die USA ziehen noch immer Ad hoc-Koalitionen vor. Damit tritt wieder die Moral an Stelle des Rechts. Es tritt eine Freund-Feind-Schema in Kraft. Dies wird oft kombiniert mit dem jetzt auch in Europa wieder sehr modern gewordenen Begriffs des „nationalen Interesses“. Das nationale Interesse wird heute stärker bewertet, als die europäische Idee, als die europäische Staatlichkeit. Man hat heute wenig Interesse an einer europäischen Staatlichkeit, der man eine Rechtsordnung anvertrauen kann oder will.

Sie erinnern sich noch an den Beginn meines Vortrages, als ich von:“ Blick auf Institutionen, die die Grenzen des Staates als übergeordnetes Gemeinwesen auflösen und damit im selben Moment den Horizont der Mitwirkung an der Regelung der menschlichen Belange des Staatsbürgers, erweitern.“

Europa und seine Institutionen, haben sich den meisten Menschen nicht so verständlich gemacht, wie sie es hätten tun müssen.

Wir finden die eben geschilderten Unterschiede auch beim Freiheitsbegriff, nämlich der vorhin geschilderten Freiheit vom Staat in den USA und der Freiheit von der Religion und der durch den Staat erst ermöglichten Freiheit in Deutschland. So wird in den USA die Freiheit zum Besitz – auch von Waffen – und die Sicherheit des Eigentums garantiert.

Während in Deutschland eine relativ gleiche Freiheit garantiert wird. Hier wird Freiheit mit Gleichheit und Solidarität verbunden. Es findet sich das Denken der französischen Revolution wieder, nämlich die Gleichheits- und Solidaritätsvorstellungen.

Dieser Gleichheitsgedanke ist bei uns schon in Artikel 1, Abs.1 GG verankert:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Ich habe hier den Begriff der relativen Gleichheit benutzt, weil es natürlich auch bei uns einen Unterschied zwischen den Selbstverwirklichungsmöglichkeiten der Individuen gibt.

Tatsächlich treten die unterschiedlichen Freiheitsbegriffe global in Konkurrenz zueinander. In Diskussionen mit besorgten Mitbürgern, finde ich eine Reduktion des Freiheitsbegriffs. Gleichheit und Solidarität werden ausgeschlossen. Dies wird gepaart mit der Vorstellung eines homogenen Volkes.

Darin sehe ich eine wesentliche Gefahr für Europa und die Demokratie, weil mit einem Verständnis des Freiheitsbegriffs, bei dem der Stärkere in seiner Freiheitsausübung möglichst wenig durch den Schwächeren beeinträchtigt werden soll, Minderheiten ausgegrenzt werden und Freiheit ihre Grenzen nicht mehr in der Freiheit des anderen findet.

Sie sehen, dass der Verweis auf die von uns so oft beschworenen gemeinsamen westlichen Werte schwierig ist.

Westliche Werte und Prozesshaftigkeit

Die Prozesshaftigkeit von Werten kann nicht oft genug betont werden. Freiheit und Demokratie müssen immer wieder neu ausgehandelt werden. Werte sind immer nur befristet gültig.

Das gilt auch für Menschenrechte, obwohl universal, ist ihre Anerkennung immer wieder neu auszuhandeln, in Nationen und zwischen Nationen, Menschenrechte lassen sich nicht exportieren, sie müssen gelebt und erarbeitet werden. Das sehen wir hier in Europa mit dem Blick auf Ungarn, Polen und die Türkei.

Das gilt auch für internationale Verträge, sie werden nie perfekt sein, aber sie sind immer ein Versuch miteinander zu handeln, fairer zu handeln. Internationale Verträge dienen der Annäherung unterschiedlicher Systeme. Wir scheinen in der Diskussion über Handelsverträge immer zu vergessen, das sie eine gegenseitige und keine einseitige Abgabe von Souveränität darstellen.

Wir scheinen nicht mehr sehen zu wollen, dass es eines permanenten Aushandlungsprozesses bedarf, der nicht den Populisten auf der Straße und in den sozialen Medien überlassen werden darf.

Schon Victor Hugo befand:

„Oft verrät die Masse das Volk.“¹⁶

Als Unternehmer müssen wir, für gelebte Menschenwürde eintreten. Wir müssen für unsere freiheitlich soziale Grundordnung und Rechtsstaatlichkeit eintreten, uns gegen jede Form von Ausgrenzung und Abwertung offensiv einsetzen und uns für kulturelle und soziale Vielfalt stark machen.

¹⁶ Süddeutsche Zeitung, 21.11.2016 Verfassungsrichter Voßkuhle und Fabius - „Die EU muss klar Position beziehen“

Wir müssen uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu Wehr setzen, wann immer diese uns begegnet.

Auch dies gehört zu unserer **unternehmerischen Verantwortung**.¹⁷

¹⁷ Dieser Beitrag beruht auf einem redigierten Text eines Vortrages, der im Rahmen des 8. AKAD Forum Wissenschaft trifft Wirtschaft am 29. Oktober 2016 in Stuttgart gehalten worden ist.